



Antwort zur Anfrage Nr. 0170/2022 der CDU-Stadtratsfraktion betreffend
Digitale Verwaltung und Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (CDU)

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

Gemäß Onlinezugangsgesetz (OZG) von 2017 sollen bis Ende 2022 Bund und Länder ihre Verwaltungsleistungen über Verwaltungsportale zur Verfügung stellen. Nach Angaben des IT-Planungsrats handelt es sich um knapp 600 Verwaltungsleistungen, die umgesetzt werden sollen. Allerdings ist der aktuelle Umsetzungsstand laut Normenkontrollrat (September 2021) nicht transparent und eine fristgerechte umfassende Umsetzung unwahrscheinlich. Der Onlinezugang soll es den Bürgerinnen und Bürgern einfacher machen, mit der Verwaltung zu interagieren. Im Ländervergleich in der EU ist Deutschland schon heute bei der digitalen Verwaltung im hinteren Drittel.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Wie viele Verwaltungsleistungen sind durch die Stadt Mainz digital anzubieten?

Insgesamt sind rund 390 Leistungen digital anzubieten.

2. Wie viele dieser Verwaltungsleistungen sind nach heutigem Kenntnisstand bis Ende 2022 vollständig verfügbar?

Nach aktuellem Zeitplan werden ca. 280 Leistungen online verfügbar sein.

3. Bis wann wird mit der vollständigen Umsetzung aller Verwaltungsleistungen gerechnet?

Aktuell ist davon auszugehen, dass in 2023 die letzten Dienstleistungen digital angeboten werden. Voraussetzung hierfür ist, dass die dafür wichtigen technischen Voraussetzungen und rechtlichen Vereinfachungen (beispielsweise Verzicht auf dem Schriftformerfordernis einzelner Leistungen) durch das Land realisiert werden.

4. Gibt es Erkenntnisse darüber, wie sich die Einführung in Mainz im Vergleich zu anderen Städten in Rheinland-Pfalz und Deutschland zeitlich darstellt? Wenn ja, welche?

Aus der Zusammenarbeit der größten Kommunen in Rheinland-Pfalz hinsichtlich des Onlinezugangsgesetzes (OZG) zeigt sich, dass diese vor den selben Herausforderungen stehen und ebenfalls eine vollständige Umsetzung nicht für möglich erachtet wird.

5. Welche Faktoren sind insgesamt die Hauptursachen für eine Verzögerung der Einführung der Verwaltungsleistungen?

Zu den wesentlichen Herausforderungen gehören, dass sich die Bereitstellung der Basis-komponenten (Prozess-, Bezahl- und Kommunikationsplattform) von Seiten des Landes lange verzögerten oder noch gänzlich fehlen (z. B. integrierte Signatur, Siegeldienst). Darüber hinaus fehlen weiterhin rechtliche Vereinfachungen, wie beispielsweise der Verzicht auf das Schriftformerfordernis einzelner Leistungen. Hinzu kommen noch die Herausforderungen im Rahmen der Corona-Pandemie, da es hierbei unter anderem zu Mehrbelastungen der am Projekt beteiligten Fachstellen kommt.

6. Welche Faktoren im Verantwortungsbereich der Stadt Mainz sind die Hauptursachen für eine Verzögerung der Einführung?

Die Umsetzung des OZG wirkt sich auf alle Teile der Stadtverwaltung Mainz aus und erfordert aus allen Bereichen große Unterstützungsleistungen. Diese notwendigen Personal-kapazitäten konnten und können, aus oben genannten Gründen, nicht immer gewährleistet werden.

7. Welche Maßnahmen hat die Stadt Mainz ergriffen, um die Hauptursachen in ihrem Verantwortungsbereich zu adressieren?

Verwaltungsweit wurde die Mitarbeit in diesem Projekt bei allen betroffenen Stellen priorisiert und zusätzliche Kapazitäten in der allgemeinen Projektarbeit im Hauptamt realisiert. Zudem wurden die im Land vorherrschenden allgemeinen Umsetzungsprobleme in einem gemeinsamen Schreiben der größten rheinland-pfälzischen Städte bereits im letzten Jahr an das zuständige Landesministerium kommuniziert und um Unterstützung gebeten.

8. Wie viele Stellen sind für die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in Mainz vorgesehen und wie viele sind davon aktuell besetzt?

Im Hauptamt wird das Projekt durch die E-Governmentbeauftragte sowie seit Januar 2022 durch eine weitere Stelle koordiniert. Darüber hinaus unterstützt die Steuerungsabteilung des Hauptamtes mit insgesamt 15 Stellen die Umsetzung des OZG, davon sind derzeit 10,5 Stellen besetzt. Daneben sind die Mitarbeitenden der jeweils betroffenen Fachstellen sowie der KDZ in das Projekt involviert.

Mainz, 2. Februar 2022

gez.
Michael Ebling
Oberbürgermeister